



Rechte V-Leute: Die Katze beißt sich in den Schwanz

Hintergrund ➔ Wie sich der Verfassungsschutz am Aufbau rechter Strukturen beteiligt und was dabei herauskommt

Mitte September vergangenen Jahres durchsuchte die Polizei bundesweit unzählige Wohnungen von Mitgliedern der Vereinigung BLOOD & HONOUR (B&H) und setzte damit das Verbot des neonazistischen Skinheadnetzwerkes um. Dabei schauten die Ermittler auch bei dem B&H-Führungskader MARCEL DEGNER aus Gera vorbei – und fanden nichts. Grund: DEGNER war bereits seit längerem Informant des thüringischen Verfassungsschutzes und bekam kurz vor der Durchsetzung des Verbotes einen Tipp, dass er seine Wohnung säubern solle. »Eine solche Warnung an einen Informanten des Geheimdienstes ist etwas völlig Normales«, berichteten Insider einer thüringischen Tageszeitung.¹

Das der Verfassungsschutz seit Jahrzehnten den Aufbau von neonazistischen Strukturen forciert und indirekt subventioniert ist hinlänglich bekannt. Die vergangenen Monate haben eindrucksvoll die skandalösen Dimensionen dieser Aktivitäten veranschaulicht: Nahezu alle bekannt gewordenen Informanten haben mit Duldung der jeweils zuständigen Ämter für Ver-

fassungsschutz den Auf- und Ausbau neonazistischer Strukturen vorangetrieben und teilweise mit ihren Informantengehältern finanziert.

Beispiele systematischen Strukturaufbaus

So gibt der ehemalige Führungskader des militanten THÜRINGER HEIMATSCHUTZES (THS), TINO BRANDT, in einem Interview zu Protokoll, dass der »VS nur Interesse an Informationen« gehabt hätte, »er hat sich nie in meine politischen Entscheidungen eingemischt«. ² Was TINO BRANDT lapidar als »politische Entscheidungen« bezeichnet, waren beispielsweise der Aufbau von militanten ANTI-ANTIFA-Strukturen in Thüringen³ und der Aufbau internationaler Kontakte, u.a. nach Südafrika. Unter der Aufsicht seiner staatlichen Arbeitgeber entwickelte sich BRANDT zu einer zentralen Figur in der deutschen Neonazi-Szene. Er war Mitarbeiter der extrem rechten Monatszeitschrift NATION & EUROPA, wurde im September 2000 Sprecher der neonazistischen REVOLUTIONÄREN PLATTFORM und schaffte kurz vor seiner Enttarnung den Sprung in den Beirat der GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZIS-

Tino Brandt, V-Mann und Führungskader des Thüringer Heimatschutzes



- 1) Thüringische Landeszeitung, 30. Mai 01: »Geheimdienst warnte Neonazi.«
- 2) Homepage von STOERTEBEKER.NET, Juli 01: »Interview mit Tino Brandt.«
- 3) Neues Deutschland, 21. Oktober 99, S. 5: »Junge Gemeinde wird bedroht.«

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (apabiz)

falckensteinstr. 46 | 10997 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

fon | fax: 030 . 611 62 49

mail@apabiz.de
http://www.apabiz.de

konto-nummer: 332 08 00

blz: 100 205 00

bank für sozialwirtschaft

dank an unsere fördermitglieder, die mit ihrem beitrag die finanzierung des projektes ermöglichen

Das apabiz e. v. informiert seit 1991 über die Entwicklung der extremen Rechten. Wir bieten vielfältige Materialien an, die über unterschiedliche Aspekte des Rechtsextremismus aufklären und Argumente liefern.

Archiv: Für Recherchen halten wir unser Archiv bereit, das eines der größten dieser Art in der BRD ist. Wir verfügen über rechte Publikationen, Videos, CDs etc. Diese Primärquellen werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der 90er Jahre erfasst sind, eine umfangreiche Präsenzbibliothek sowie antifaschistische Publikationen aus der gesamten BRD, Europa und den USA.

Bildung: Unser ReferentInnen-Katalog umfaßt derzeit mehr als 25 Vorträge und Seminare aus den Bereichen Judentum und Antisemitismus, Frauen und Rechtsextremismus, Neue Rechte, Burschenschaften, Esoterik und Heidentum, Rechtsextreme Publizistik, Internet, Vertriebenenverbände, Subkulturen und Rassismus.

Sondersammlungen: 1995 haben wir aus den Beständen der Staatsbibliothek Ost mehrere hundert Bücher aus der NS-Zeit übernommen; 1999 kam das Foto- und Redaktionsarchiv der »Deutschen Volkszeitung (DVZ) - die tat« hinzu. Außerdem verwalten wir die Sammlung des Projekts für interdisziplinäre Faschismus-Forschung an der Freien Universität Berlin.

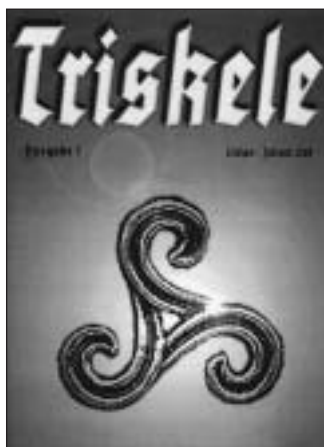
Kontakt: Unsere Informationen stehen allen Personen und Initiativen zur Verfügung. Umgekehrt sind wir an Euren Einschätzungen und regionalen Erfahrungen interessiert. Wir vereinbaren gerne einen regelmäßigen Austausch oder nehmen Euch in unseren Verteiler auf.



Triskele: Neues kulturpolitisches Magazin aus rechter »Frauenhand«

Essen • Seit November vergangenen Jahres erscheint das von Frauen erstellte Magazin TRISKELE aus dem Umfeld der FREIEN KAMERADSCHAFTEN. Das in der Szene positiv rezensierte Heft verdeutlicht die zunehmende Präsenz und Akzeptanz von Frauenprojekten mit kulturpolitischem Anspruch innerhalb der extremen Rechten.

Triskele bedeutet in der heidnisch-germanischen Mythologie die Entwicklung des Lebens in den Schritten »Werden, Sein und Vergehen«. Das gleichnamige Heft und seine Internetpräsenz beschäftigen sich dementsprechend vor allem mit Kultur und Brauchtum, aber auch mit Politik, was sich in Demonstrationsberichten und der Vorstellung von Organisationen niederschlägt. Frauenspezifische Thematiken werden in Form von Biografien nationalsozia-



listischer Frauen und in der Rubrik »Frauentum gestern und morgen« angesprochen. Dabei beziehen sich die Autorinnen auf ein traditionalistisches Frauenbild, das Mutterschaft als biologische Bestimmung von Frauen fest schreibt. Die emotionale Kritik der Triskele an der Auflösung des SKINGIRL FREUNDESKREISES DEUTSCHLAND (SFD) verdeutlicht ihre Nähe zu dieser Organisation. ◀

JN organisiert Konzert zu Hehls Geburtstag

Straubing • Rund 600 Nazis folgten am 26. Mai der Einladung des Nazi-Kaders und ehemaligen Blood & Honour-Aktivisten CHRISTIAN HEHL aus Ludwigshafen zu dessen Geburtstagsparty auf Burg Steinach bei Straubing (Niederbayern). Die Gäste kamen aus Deutschland, Österreich, Frankreich, Schweiz und Belgien, um den

TIK. Außerdem war er Inhaber der Internetadressen des DEUTSCHEN RECHTSBÜROS, des HOFFMANN-VON-FALLERSLEBEN-BILDUNGSWERKS und des KAINDL-FÖRDERWERKS.

MICHAEL GRUBE, ab 1997 Informant des LfV Mecklenburg-Vorpommern, gab nach seiner Enttarnung an, dass ihm seine damaligen V-Mann-Führer empfahlen, sich zum Kreisvorsitzenden der NPD Wismar-Nordmecklenburg wählen zu lassen.⁴ Ende 1997 hatte GRUBE es in diese Position geschafft und avancierte zudem zum Kandidaten auf der Landesliste der NPD für die Landtagswahlen im September 1998. Nach ideologischen Richtungsstreits gründeten ehemalige NPD-Mitglieder – unter ihnen GRUBE – Anfang 1999 die militante SOZIALE VOLKSPARTEI.

Exemplarisch ist auch der Fall des ehemaligen stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD Mecklenburg-Vorpommern, MATTHIAS MEIER. Dieser war von 1998 bis Ende 1999 Informant des Bundesamtes für Verfassungsschutz und baute in jener Zeit den paramilitärischen KAMPFBUND NORD auf.⁵

Das extremste Beispiel dieser Arbeitsweise der Verfassungsschützer war schlussendlich CARSTEN SZCZEPANSKI, seines Zeichens Mitglied der NATIONALREVOLUTIONÄREN ZELLEN – eines terroristischen Zusammenschlusses in Berlin und Brandenburg.⁶ Der Königs-Wusterhausener Neonazi war im Mai 1992 wegen der versuchten Tötung des Nigerianers Steve E. zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt und später vom Verfassungsschutz angeworben worden. Im Gefängnis blieb er politisch aktiv. Er gab weiterhin Skinhead-Zeitungen heraus⁷, in denen er sich positiv zur Gewalt äußerte. Als Freigänger konnte er an politischen Demonstrationen und Skinhead-Konzerten teilnehmen, auch außerhalb des Lan-

des Brandenburg.⁸ Silvester 1999 besuchte er Gesinnungsgenossen der NATIONALSOZIALISTIK FRONT in Schweden und war neben seinem Engagement in der militanten Neonazi-Szene auch als Organisationsleiter der NPD Berlin-Brandenburg aktiv.

Wissen ohne Wirkung

Angeworbene V-Leute sollen Einschätzungen und Fakten weitergeben und anhand von gezeigten Fotos etc. weitere Informationen ausplaudern. So hat der heutige stellvertretende JN-Bundesvorsitzende MIKE LAYER – der Mitte der 90er Jahre für den Verfassungsschutz tätig geworden war – nach Angaben von FRANK SCHWERDT anhand von Fotos Gesinnungsgenossen identifiziert, die daraufhin strafrechtlich belangt wurden.⁹ Der NPD-Mann GRUBE gab gar an, dass ihm Listen von Linken gezeigt worden seien, damit er nähere Angaben dazu mache.

Unklar bleibt hingegen, welche Informationen der Verfassungsschutz auf diesem Wege erlangt und wie die verschiedenen Behörden mit dem Wissen verfahren. Einerseits werden die Informationen der Schlapphüte den Strafverfolgern vorenthalten. So suchte beispiels-

4) Berliner Zeitung, 2. November 99, S. 5: »Geheimdienst legte Listen von Linken vor«.

5) Berliner Zeitung, 11. Juli 00, S. 6: »Kamerad Spitzel«.

6) Der Spiegel, Nr. 45/00 vom 6. November 00, S. 29: »Schily's anonyme Zeugen«.

7) Das maßgeblich von ihm mit herausgegebene Nazi-Fanzine UNITED SKINS wurde weitergeführt und war teilweise nur über die Postadresse der britischen BLOOD & HONOUR-Sektion erhältlich.

8) Sonderansage des NATIONALEN INFOTELEFONS HAMBURG, 11. Juli 00.

9) Homepage des THÜRINGER HEIMATSCHUTZ, Juli 01: »Der Fall Mike Layer«.

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Leserinnen und Leser, liebe Antifas!

Hiermit haltet Ihr die erste Ausgabe des *monitor* in der Hand. Dieser Rundbrief des apabiz e.V. wird in Zukunft regelmäßig alle zwei Monate erscheinen und zum einen über die Aktivitäten des apabiz berichten. Zum anderen wollen wir Ergebnisse unserer Arbeit präsentieren, um damit einen kleinen Überblick über die aktuelle Entwicklung der extremen Rechten zu geben und spannende Themen vertiefend zu behandeln.

Dementsprechend findet Ihr am Rand jeder Seite eine Kurzmeldungsspalte, die eine Auswahl von Neuigkeiten aus der extremen Rechten darstellt. In den Artikeln wollen wir

Hintergründe klären, Profile von rechten Organisationen vorstellen, Informationen themenorientiert zusammenfassen.

Der *monitor* ist bei Veranstaltungen, an ausgewählten Orten und natürlich bei uns im Laden kostenlos zu haben. Fördermitglieder bekommen ihn zugesandt.

Danken wollen wir an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich unseren Fördermitgliedern, die mit ihren Beiträgen das Erscheinen dieses Rundbriefes und weite Teile unserer Arbeit ermöglichen.

Viel Spaß beim Lesen und einen schönen Sommer. **apabiz e.V.**



Extrembeispiel: Carsten Szczepanski aus Königs-Wusterhausen

weise die Staatsanwaltschaft in Mecklenburg-Vorpommern nach einer Wahlkampfveranstaltung der NPD mit dem verurteilten Terroristen MANFRED ROEDER händeringend nach Zeugen für dessen volksverhetzende Aussagen. V-Mann MICHAEL GRUBE, der die Veranstaltung organisiert hatte und vor Ort gewesen war, wurde aber weder befragt noch als Zeuge herangezogen.¹⁰ Ähnlich verhält es sich im Fall TINO BRANDT: Obwohl der V-Mann die zentrale Figur des THÜRINGER HEIMATSCHUTZES war, konnten drei gesuchte Bombenbastler aus Jena – alle Mitglieder des THS – 1997 abtauchen und sind bis heute verschwunden.

Andererseits wurde jedoch z. B. im Frühjahr 2000 in Berlin und Brandenburg die terroristische Gruppierung NATIONALREVOLUTIONÄRE ZELLEN von den Strafverfolgungsbehörden hochgenommen. Es ist zu vermuten, dass dies aufgrund der Informationen von V-Leuten, wie etwa CARSTEN SZCZEPANSKI, geschah.

Auch garantiert das Führen von V-Leuten durch die Dienste nicht, dass die Informanten nicht an schwerwiegenden Straftaten beteiligt sind. So verübte beispielsweise MICHAEL GRUBE mit weiteren Gesinnungsgenossen im März 1999 einen Brandanschlag auf eine Pizzeria in Grevesmühlen.

Wohin die Gelder fließen

Der Verfassungsschutz duldet oder initiiert neonazistische Strukturen, Aktivitäten und Straftaten nicht nur mit. Die Ämter sorgen auch für die finanzielle Unterstützung ihrer Informanten und deren Bestrebungen. So erhielt CARSTEN SZCZEPANSKI ein monatliches Salär von 1000 DM.¹¹

Als sich der Neonazi THOMAS DIENEL im Juni 2000 als Informant des Thüringer Verfassungsschutzes outete, wurde bekannt, dass er zwi-

schen 1500 und 1800 DM im Monat erhalten hatte.¹² Hinzu kamen 1997/98 monatliche Lohnkostenzuschüsse durch das Arbeitsamt in Höhe von ca. 2000 DM für Dienels Arbeit im extrem rechten VERLAG NEUES DENKEN. Letzteres wurde vom Verfassungsschutz zumindest nicht verhindert.

Es scheint, als ob die Verwendung der Honorare durch die Informanten keinen Einschränkungen unterliegen würden. TINO BRANDT beispielsweise gibt an, dass es »mit Sicherheit mehr als 100.000 DM« gewesen seien, die er für seine Tätigkeit erhalten habe. Wenn man seinen Aussagen glauben schenkt, so hat er die Gelder in Aufkleber, Flugblätter, Telefonrechnungen, Demofahrten und verschiedene andere Projekte investiert.¹³ Einen außergewöhnlichen, sehr personenbezogenen Dank erhielt im Sommer 1999 MATTHIAS MEIER. Die Verfassungsschützer spendierten ihm einen Rundflug über die Insel Rügen.

Verfassungsschutz: Vom Jäger zum Gejagten?

Folgt man den Ausführungen HORST MAHLERS – seines Zeichens Vertreter der NPD im gegenwärtigen Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht –, dann wird die Benennung von Informanten des Verfassungsschutzes einer der wenigen helfenden Strohhalme gegen das drohende Verbot der Partei sein. Denn jeder herangezogene Beweis zur Begründung eines Verbotes der NPD verliere an Bedeutung, wenn sich die Mitwisserschaft und/oder -täterschaft des Verfassungsschutzes herausstellen würde.

Die NPD hat ihrerseits selbst keinen stringenten Umgang mit Informanten des Verfassungsschutzes. Einerseits verwies die Parteizeitung DEUTSCHE STIMME in der Vergangenheit darauf, dass es keine Zusammenarbeit geben dürfe: »Den ‚Müllers‘, ‚Meiers‘ und ‚Hubers‘ von der Firma Horch & Lausch grundsätzlich die ‚Rote Karte‘ zu zeigen, sollte daher nicht als Empfehlung, sondern als eindringliche Handlungsanweisung aufgefasst werden.«¹⁴ In diesem Sinne lehnte auch der NPD-Länderrat ein »Angebot an Spitzel zum Ausstieg« vom Mai 2001 ab, da dessen Verfasser eine Wiedereingliederung von Informanten – die sich offenbaren und nieman-

10) Berliner Zeitung, 2. November 99, S. 5: »Geheimdienst legte Listen von Linken vor«.

11) Die Tageszeitung, 11. Juli 00, S. 7: »Die Zecken lagen am Boden«.

12) Frankfurter Rundschau, 7. Juni 00: »Verfassungsschutz soll Neonazi bezahlt haben«.

13) Homepage von STOERTEBEKER.NET, Juli 01: »Interview mit Tino Brandt«.

14) DEUTSCHE STIMME, Nr. 8/00, S. 1: »Doppelspiel an unsichtbarer Front«.



angekündigten acht Bands zu lauschen. Gegen 20 Uhr beendete die Polizei das Konzert und stellte der Band NOIE WERTE den Strom ab. Nach kurzen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die Polizei mit Steinen beworfen wurde, eskortierten die Beamten die Parolen rufenden Nazis nach Steinach zurück und setzten sie dort in ihre Busse.

Maßgeblich organisiert wurde das Konzert von SASCHA ROSSMÜLLER. Der Straubinger Vorsitzende der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) hatte den Kontakt zu den Pächtern der Burg, dem Motorradclub ROADRIDERS, hergestellt. ◀

Geschichtsstudentin als neonazistische Aktivistin öffentlich gemacht

Hamburg • AntifaschistInnen haben am 31. Mai an der Universität Hamburg die Aktivitäten der 31jährigen »freien Nationalistin« INGE NOTTELMANN öffentlich gemacht. Die Gründerin der MÄDELSCHAR DEUTSCHLAND (MSD) ist Studentin am Fachbereich Geschichte und »denkt rechts, fühlt rechts, auch an der Uni«, wie sie selbst in einem Interview mit der Frauenzeitschrift Allegra im März diesen Jahres sagte.

Nottelmann ist NPD-Mitglied, Aktivistin der FREIEN NATIONALISTEN NORDDEUTSCHLAND um CHRISTIAN WORCH und nach eigenen Aussagen »Mutter der Kompanie« bei der MSD. Sie meldete im Großraum Hamburg neonazistische Aufmärsche an, fiel dabei durch intensive Kontakte zu führenden Nazikadern auf und reinigte mit ihren Kameradinnen von der MÄDELSCHAR das »76 Kriegs-Denkmal« in Hamburg von Farbleckschen. Die MÄDELSCHAR DEUTSCHLAND ist eine der aktivsten bundesweiten neonazistischen Frauenorganisationen, die ein modernisiertes Frauenbild propagieren.

Als Reaktion auf ihre Öffentlichmachung stellte NOTTELMANN Strafanzeige gegen die Uni sowie die AntifaschistInnen und forderte Personenschutz beim LKA an. ◀





Vorderste Front: Nationalsozialismus umgedeutet?

Nürnberg/Berlin • Nach sechs Jahren ist im Herbst vergangenen Jahres die immer wieder angekündigte achte Ausgabe der VORDERSTEN FRONT erschienen.

Die Autoren des Theorieorgans des NATIONALDEMOKRATISCHEN HOCHSCHULBUNDES E.V. (NHB) – der studentische Organisation der NPD – sehen ihre Hauptaufgabe in der »Erarbeitung geistiger Grundlagen für nationalistische Politik«. Schwerpunkt des neuen Heftes ist ein Versuch der Umdeutung des Begriffs Nationalsozialismus. Hinter dem Titel »Nationalismus – Grundlage für eine neue Ordnung« verbergen sich



u.a. die Kapitalismuskritik bei OSWALD SPENGLER und ein Interview mit dem extrem rechten Vordenker REINHOLD OBERLERCHER. ◀

Foier Frei Nr.12 erschienen

Limbach-Oberfrohn • Nach einer mehr als drei Jahre währenden Pause ist im Sommer eine neue Ausgabe des Skinzines FOIER FREI erschienen. In den 90er Jahren galt das Heft als eines der bekanntesten und langlebigsten Nazi-Fanzines. Der ehemalige Herausgeber JENS SCHAARSCHMIDT schreibt einleitend, dass neue Leute das FF jetzt fortführen würden. Als Grund für die Pause gab SCHAARSCHMIDT Familienzuwachs und eine Razzia an, bei der alle Materialien, Computer und 100 Hefte beschlagnahmt worden waren.

Neben zahlreichen Konzertberichten und Texten von HENDRIK MÖBUS finden sich in der neuen Ausgabe Interviews mit NORDFRONT, BRITISH STANDARD, BLOCK 11, der DEUTSCHEN HEIDNISCHEN FRONT sowie den sächsischen Skinzines DER FOIERSTURM und THE ARYAN LAW & ORDER. Letzteres wird von der WEIßEN BRUDERSCHAFT ERZGEBIRGE erstellt. Außerdem werden in dem Blättchen

dem geschadet haben – in die Szene nicht ausgeschlossen.

Andererseits traten NPDler aber auch wiederholt in Absprache mit Führungskadern der Partei in die Dienste des Verfassungsschutzes. So wussten zumindest MICHAEL WENDLAND und HOLGER APFEL von der Informantentätigkeit des damaligen Stützpunktleiters der JN in Ludwigsburg, MIKE LAYER. Hinter dieser Vorgehensweise steht die Idee, die Jäger des Verfassungsschutzes zu Gejagten zu machen. So könne man durch die V-Männer »Informationen über eventuelle Spitzel und Provokateure erhalten«, wie es der NPD-Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern im Fall MATTIAS MEIER formulierte.¹⁵ Als publik wurde, dass LAYER als V-Mann arbeitete, konnte sich der Parteivorsitzende UDO VOIGT mit seinen Ausschlussforderungen nicht durchsetzen. Vielmehr bekam LAYER die Absolution seiner Kameraden und hat inzwischen den Posten des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der JN inne.

Resümee

Obwohl die extreme Rechte seit Jahrzehnten von Informanten des Verfassungsschutzes durchsetzt ist, wuchs die Szene kontinuierlich an. Die Ursachen hierfür sind klar zu benennen:

- ▶ die politikwissenschaftlich unhaltbare »Extremismustheorie«, die durch die Verbannung der entscheidenden Ideologieelemente der extremen Rechten an den

Rand der Gesellschaft eine wirkungsvollen Auseinandersetzung mit diesen verhindert, diffamiert damit gleichzeitig auch antifaschistische Aktivitäten

- ▶ die Verfassungsschutzämter unterliegen einer parteipolitischen Instrumentalisierung und es fehlt gänzlich an schlüssigen Konzepten bei der Bekämpfung der extremen Rechten¹⁶
- ▶ die Schlapphüte legitimieren die eigene Arbeit durch Duldung, Förderung und Finanzierung neonazistischer Strukturarbeit
- ▶ als quasi in die Gesellschaft vorgelagerter Staatsschutz klären die Ämter damit über Strukturen auf, an deren Aufbau sie selbst beteiligt waren und beanspruchen die Definitionshoheit über das Thema Rechtsextremismus

All dies sind Gründe, weswegen der Verfassungsschutz als Institution, als Stichwortgeber für Diskussionen um die extreme Rechte in der Gesellschaft und als pädagogische Instanz grundlegend abzulehnen ist und keinerlei Legitimation hat. **Patrick Schwarz | Björn Falter**

15) Berliner Zeitung, 11. Juli 00, S. 6: »Kamerad Spitzel«.

16) Etwa wenn der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen die Zeitschrift JUNGE FREIHEIT als »rechtsextrem« bewertet und gleichzeitig der brandenburgische Innenminister JÖRG SCHÖNBOHM selbiger als Interviewpartner zur Verfügung steht.

Vortrag für Miteinander e.V.

Bericht ➔ Das apabiz e.V. erstellt eine Auftragsarbeit zum Thema »Die extreme Rechte in Sachsen-Anhalt«

Als Auftragsarbeit zur Unterstützung von MultiplikatorInnen des Magdeburger Vereins *Miteinander e.V.* hat das *apabiz* im Juni einen Folienvortrag zum Thema »Die extreme Rechte in Sachsen-Anhalt« erstellt. Der vollständige Vortrag umfasst 35 farbige Overhead-Folien, welche Fakten, Zusammenhänge und deren Einordnung in einen Gesamtkontext visualisieren. Das ausformulierte Skript gibt den ReferentInnen des *Miteinander e.V.* einen Leitfaden, welchen sie nach persönlichem Belieben mit eigenem Wissen und aktuellen Entwicklungen ergänzen können.

Konzipiert wurde der Vortrag als modulares System. Allgemeine Entwicklungen und Aktivitäten der extremen Rechten der BRD in den 90er Jahren wurden dargestellt und mit praktischen Beispielen und Zahlen aus Sachsen-Anhalt untermauert. Das Material ist somit direkt auf die

Region zugeschnitten, was seine besondere Wirksamkeit ausmacht.

Zentraler Argumentationsstrang ist die immense Bedeutung des vorpolitischen Raumes für die Heranbildung eines extrem rechten Mainstreams. Dieser drückte sich in den zurückliegenden Jahren in bundesweiten Umfragen aus, die eine hohe Zustimmung zu extrem rechten Ideologieelementen verdeutlichen. Die kulturpolitischen Überlegungen und Unternehmungen neonazistischer Gruppierungen bauen auf dieser gesellschaftlichen Entwicklung auf, bilden die konzeptionelle Grundlage für deren starkes Engagement im vorpolitischen Raum und sorgen für volle Kriegskassen bei den Protagonisten.

Eine Ansichtsexemplar mit allen Folien liegt auf unserer Homepage zum Herunterladen bereit.

Björn Falter



Netzwerk für antirassistische Bildungsarbeit gegründet

Vorstellung ➔ argumente – Netzwerk antirassistischer Bildung e.V. will Arbeit und Ressourcen überregional bündeln

»Antirassistisches und antifaschistisches Engagement braucht Informationen, Bildungsarbeit, Erfahrungsaustausch und Vernetzung. In den letzten zehn Jahren sind viele Initiativen gegen Rechtsextremismus, gegen die alltägliche rassistische Ausgrenzung von Flüchtlingen und MigrantInnen und für eine nicht-rechte, alternative Kulturarbeit entstanden. Der Verein *argumente - Netzwerk antirassistischer Bildung e.V.* will diese Initiativen stärken und ihnen für ihre Arbeit Informationen zur Verfügung stellen.«

So stellt sich eine neue bundesweite Initiative vor, an der sich auch das *apabiz* beteiligt. *argumente* schließt Projekte und Einzelpersonen zusammen, die zum Teil schon seit über zehn Jahren in der Bildungs- und Informationsarbeit aktiv sind. Der Verein lebt vom Austausch und der Zusammenarbeit von Initiativen; bewusst wurde von den Mitgliedern die Bildung eines Netzwerkes gewählt. So können Ressourcen und Arbeit überregional verteilt werden.

argumente arbeitet dabei mit allen zusammen, die gegen Antisemitismus, staatlichen Rassismus und Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft sowie Rechtsextremismus aktiv sind oder werden wollen. In der Informationsbroschüre des Vereins heißt es: »Unsere Angebote richten sich sowohl an die unabhängige Antifa-Bewegung, aus der die meisten der in *argumente* zusammengeschlossenen Projekte entstanden sind, als auch an viele andere gesellschaftliche Bereiche: zum Beispiel Bildungs- und Kulturvereine, Initiativen mit religiösem Hintergrund, Jugend- und SchülerInnenclubs sowie Menschen, die als LehrerInnen, SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen arbeiten.« Vorrangiges Ziel von *argumente* ist es, eine nicht-rechte Alternative zur rechten Jugendkultur zu unterstützen, wie dies auch in der Vergangenheit schon durch die Arbeit der beteiligten Projekte geschehen ist.

Die kontinuierliche Arbeit vor Ort soll den Vorzug vor medienwirksamen Kampagnen bekommen, die leider zu oft keine nachhaltige Wirkung zeigen, da sie – so die Kritik – »der Standort- und Imagerettung dienen«: »Wir stellen ReferentInnen für Veranstaltungen, Workshops, Seminare und Vorträge zu allen Facetten und Themenspektren im Bereich ‚Rechtsextremismus‘. Wir

erarbeiten mit regionalen Initiativen Konzepte für antirassistische und antifaschistische Interventionen. Die in *argumente* zusammengeschlossenen Archive bieten öffentlich zugängliche Informationen und Analysen über ein breites Spektrum an rechtsextremen Organisationen und Gruppierungen.«

Bisher haben sich unter anderem folgende Initiativen in *argumente* zusammengeschlossen:

- ▶ *Antifaschistisches INFO-Blatt (AIB)*, Berlin
- ▶ *Arbeitskreis Antifaschismus Magdeburg*
- ▶ *Zeitgeschichtliche Dokumentationsstelle Marburg (ZDM)*
- ▶ *Verein argumente und Kultur gegen Rechts* aus Bielefeld
- ▶ *Verein Paradox – für Alltagskultur und politische Bildung* aus Bremen
- ▶ *reihe antifaschistische texte (rat)*, Hamburg
- ▶ die Antifa-Zeitung *Enough is enough* aus Schleswig-Holstein
- ▶ das *apabiz* aus Berlin
- ▶ *Agentur für soziale Perspektiven*, Berlin.

Informationen über Veranstaltungen und Publikationen von *argumente* sowie über Zusammenarbeit und Fördermitgliedschaft sind unter der unten stehenden Kontaktadresse erhältlich.

Ulli Jentsch

Kontakt: *argumente* – Netzwerk antirassistischer Bildung e.V., Falckensteinstr. 46, 10997 Berlin, fon | fax: 030 / 61 07 64 68, mail@argumente-netzwerk.de



augenscheinlich verschiedene Vertreter der verbotenen deutschen Sektion von BLOOD & HONOUR begrüßt. Dies macht erneut deutlich, dass der Name zwar verboten wurde, die entsprechenden Personenkreise aber noch intakt sind. ◀

Kameradschaftsbund Germania aktiv

Berlin • Seit Anfang diesen Jahres haben sich die Berliner KAMERADSCHAFEN PREUßEN, TOR, HOHENSCHÖNHAUSEN und GERMANIA zum KAMERADSCHAFTSBUND GERMANIA zusammengeschlossen. Erste gemeinsame Aktion war die Demonstration »Gegen Faschismus und Intoleranz« am 12. Mai in Berlin-Lichtenberg. Für den 3. Oktober ruft der Kameradschaftsbund zur »Großdemonstration aller nationalen Kräfte« in Berlin auf. Zwei Jahre nach dem brutalen Überfall von Mitgliedern der KAMERADSCHAFTE GERMANIA auf eine Gruppe von Punkern auf der Raststätte Stolpe wurde ALEXANDER TOMCZYK zu neun Monaten auf drei Jahre Bewährung verurteilt. Der Prozess gegen die anderen 15 Tatbeteiligten steht noch aus. ◀

Alle Jahre wieder: Hess-Todestag

Wunsiedel • Zum 14. Todestag des Hitlerstellvertreters RUDOLF HESS wird für den 18. August zu einem »Trauermarsch« in Wunsiedel aufgerufen. Anmelder ist der Hamburger Rechtsanwalt JÜRGEN RIEGER. Aufrufe und Plakate werden von den JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN NORDMARK vertrieben. Außerdem wird angeregt, in der Zeit vom 15. bis zum 18. August Kleinanzeigen mit dem Text »Mord – www.meinungsfreiheit.de« in Tageszeitungen zu schalten. ◀

Schönbohm im neuen Vorstand des Studienzentrums Weikersheim

Weikersheim • Die Mitgliederversammlung des STUDIENZENTRUMS WEIKERSHEIM hat am Vorabend des 23. Jahreskongresses der rechtskonservativen Denkfabrik am 18. Mai eine neue Führungsstruktur beschlossen. Neuer Präsident ist KLAUS HORNING. Als Vizepräsidenten wurden Brandenburgs Innenminister JÖRG SCHÖNBOHM (CDU), NORBERT NOTHELPER, Vorstandschef der landeseigenen Rothaus Brauerei und früherer Freiburger Regierungspräsident, sowie der ehemalige Bundestagspräsident PHILLIP JENNINGER gewählt.



Neu ins Kuratorium berufen wurde der Ravensburger Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des CDU-Bezirks Südwürttemberg, ANDREAS SCHOCKENHOFF. ◀

Nationaler Beobachter 15/16 erschienen

Frankfurt/Oder • Mitte des Jahres ist eine neue Ausgabe des von DANNY SOWADE herausgegebenen »Polit-Magazin« NATIONALER BEOBSACHTER erschienen. Schwerpunkt der Nummer 15/16 ist ein seitenlanger Aufsatz von ROLF-JOSEF EIBICHT zur »ungerechtfertigten Kriminalisierung (...) der deutschen Rechten.« Das zusammengekopierte Heft war erstmals 1995 als Rundbrief des NATIONALEN PRESSE ARCHIVS (NPA) erschienen und beinhaltete in den folgenden Jahren vor allem zahlreiche ANTI-ANTIFA-Artikel. Das NPA war 1993 ebenfalls von SOWADE gegründet worden und hatte sich neben der Vernetzung »nationaler Gruppen« der ANTI-ANTIFA-Arbeit verschrieben. Damit bildete das 1996 aufgelöste Projekt nicht nur einen Teil der Nachfolgestrukturen der verbotenen NATIONALISTISCHEN FRONT, in der sich SOWADE bewegte, sondern stellte auch einen wichtigen Teil der bundesweiten ANTI-ANTIFA-Strukturen dar. ◀

Barnimer Volksruf: »Der Kampf hat begonnen«

Eberswalde • Der BARNIMER VOLKSRUF aus dem brandenburgischen Eberswalde hat seine neueste Ausgabe mit der Ankündigung »Der Kampf hat begonnen« versehen und droht damit, seine öffentlichen Aktivitäten wieder zu verstärken. Das Heft fungiert seit 1998 als Mitteilungsblatt des KAMERADSCHAFTSBUNDES BARNIM (KBB), der sich 1997 als »Zusammenschluss Freier Kräfte« im Landkreis Barnim gegründet hatte. Hinter dem KBB steht GORDON REINHOLZ, der neben seiner Mitgliedschaft im NATIONALEN UND SOZIALEN AKTIONSBÜNDNIS MITTELDEUTSCHLAND auch im JN-Bundesvorstand aktiv ist. REINHOLZ bildet somit eine wichtige Schnittstelle zwischen den KAMERADSCHAFTEN und der NPD, die als solche auch im Verbotsantrag gegen die NPD angeführt wird. ◀

15 Jahre Junge Freiheit

Berlin • Die Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT veranstaltete am 30. Juni anlässlich ihres 15jährigen Bestehens einen Tag der offenen Tür in ihren Verlagsräumen am Hohenzollerndamm. Am späten Nachmittag gab es für 350

Frauen als Akteurinnen der extremen Rechten

Bericht ➔ Tagung zum Thema »Frauen im Rechtsextremismus« am 16./17. Juni 2001 in Hamburg

Am 16./17. Juni fand in den Räumen der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg die Fachtagung »Frauen im Rechtsextremismus« statt. Organisiert wurde das Treffen vom Antifaschistischen Frauennetzwerk und dem Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus, die die Ergebnisse ihres internen Informationsaustausches vorstellten.

Ziel der Tagung war neben Austausch und Diskussion vor allem die Verknüpfung universitärer Forschungsergebnisse mit den politischen Dimensionen des Themas. Das Spektrum reichte dabei von Frauenorganisation in rechten Subkulturen über Frauen in rechten Parteien in Deutschland und Frankreich bis zu Aktivitäten von extrem rechten Frauen im Internet. Auch die lebens- und familiengeschichtlichen Motivationen von Mädchen, in rechtsextremen Gruppierungen aktiv zu werden, Berührungspunkte zwischen feministischen und neonazistischen Ideologien sowie das Verhältnis von Sexismus und Antisemitismus im völkischen Denken wurden behandelt.

Die Veranstaltungen

In allen Veranstaltungen der Tagung diskutierten die TeilnehmerInnen aus einem feministischen Blickwinkel heraus die Täterinnenschaft rechter Frauen, antifaschistische und antirassistische Handlungsoptionen und immer wieder auch die gesellschaftliche Verankerung des Rechtsextremismus.

Gesprächs- und Diskussionsatmosphäre der Tagung waren sehr positiv: Sowohl BesucherInnen

Frauen als Akteurinnen: Neonazi-Aufmarsch am 1. Mai 2001 in Berlin



mit universitärem, als auch mit antifaschistischem und feministischem Hintergrund kamen auf ihre Kosten. Zudem erwies sich die Entscheidung, die von Frauen organisierte Tagung einem gemischtgeschlechtlichen Publikum zu öffnen, als konstruktiv.

Ergebnisse

Als Ergebnis lässt sich festhalten, dass Frauen rechte Ideologien mittragen und verbreiten, die rechte Szene stabilisieren und deren Positionen konsensfähiger machen, indem sie das Image der Rechten als bloße »Stiefelnazis« in der öffentlichen Wahrnehmung positiv verändern. Da Frauen selten mit Gewalttaten in Verbindung gebracht werden und Forschungen und Angaben über ihre tatsächliche Beteiligung fehlen, fallen sie in der auf diesen Aspekt reduzierten medialen Darstellung des Rechtsextremismus weg. Sie erscheinen als Opfer, die quasi schuldlos in die Szene hineinrutschen.

Dabei sind Frauen keine Mitläuferinnen im Rechtsextremismus. Ihre Entscheidung für eine Mitarbeit fällt wie bei Männern aufgrund von rassistischen, nationalistischen und antisemitischen Einstellungen. Die Gleichung »Frau gleich Opfer« verhöhnt dabei die tatsächlichen Opfer rechter Gewalt und verschleiert die Täterinnenschaft von Frauen und deren ideologische Verankerung in der Mitte der Gesellschaft. Denn eine solche Fehleinschätzung rechter Frauen kann nur vor dem Hintergrund entstehen, dass sie einerseits nicht als politische Subjekte wahrgenommen werden und andererseits ihre nationalistischen Positionen – scheinbar der Gewalttätigkeit entkleidet – sehr denen der bürgerlichen Mitte ähneln.

Die Dokumentation der Tagung wird Ende 2001 bei rat – reihe antifaschistischer texte im UNRAST-Verlag (Hamburg/Münster) erscheinen.

Antifaschistisches Frauennetzwerk | Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus

Kontakt: argumente – Netzwerk antirassistischer Bildung e.V., Falckensteinstr. 46, 10997 Berlin, fon | fax: 030 / 61 07 64 68, mail@argumente-netzwerk.de

Anti-Antifa-Terror in Herzogenaurach – die Stadt schaut zu

Bericht ➔ Das apabiz informiert vor Ort über die Anti-Antifa

Seit Mai 2001 verschärfen Neonazis den Terror gegen AntifaschistInnen und MigrantInnen in Herzogenaurach, einer Kleinstadt bei Erlangen. NPD und FRÄNKISCHE AKTIONSFRONT nehmen politische Feinde ins Visier, die Übergriffe häufen sich. Die Reaktionen schwanken zwischen aktivem Protest und aktiver Ignoranz.

Anfang Mai taucht ein Flugblatt der FRÄNKISCHEN AKTIONSFRONT (F.A.F.) auf, in dem ein Herzogenauracher Antifa mit Foto und Namen veröffentlicht wird. Im üblichen Stil wird von »linkskriminellen Antifaschisten« fantasiert, denen die bemitleidenswerten »ordentlichen nationalen Jugendlichen« gegenüber stünden. Gemeinsam mit der NPD mobilisiert die F.A.F. zu einer Kundgebung gegen »linken Terror« am 19. Mai. Als Kontaktadresse dient das Postfach des Nazi-Fanzines LANDSER aus Nürnberg.

Die Folgen für den betroffenen Antifaschisten lassen nicht lange auf sich warten. Er erhält Morddrohungen, wird vor seiner Haustür fotografiert und sein Auto wird mehrfach demoliert. Eine Woche vor der Kundgebung wird einem weiteren Jugendlichen am helllichten Tag im Stadtzentrum eine Gaspistole an den Kopf gesetzt.

Runder Tisch: Rollläden runter

Die Antwort des Runden Tisches gegen rechte Gewalt, an dem Vertreter aller Parteien – also auch der CSU – beteiligt sind: Das bundesweit wohl einmalige Konzept der »aktiven Ignoranz«. Die Herzogenauracher sollen am Tag der rechts-extremen Kundgebung zu Hause bleiben und ihre Rollläden herunterlassen. Auf diese Weise seien die Nazis ganz allein.

Erst nach massivem Druck durch linke Mitglieder der Grünen und unabhängige AntifaschistInnen konnten sich die »Anständigen« zu einer Kundgebung am anderen Ende der Stadt durchringen. Vom »Aufstand« keine Spur. Daraufhin wurde zusätzlich eine Mahnwache am Ort der Nazi-Kundgebung angemeldet.

Die Konflikte um die Reaktion auf die neonazistischen Aktivitäten beherrschten auch eine Veranstaltung am Vortag der Nazi-Kundgebung. Ein Vertreter des apabiz war kurzfristig eingeladen worden, um die Arbeitsweise und Strukturen der ANTI-ANTIFA zu verdeutlichen. Jugendliche AntifaschistInnen nutzten die Anwesenheit von Mitgliedern des Runden Tisches, um dessen unangemessenes Konzept gegen die Nazi-Veranstaltung scharf zu kritisieren. Aus ihren Berichten wurde deutlich, wie zugespitzt die Situation



Der Aufmarsch von NPD und F.A.F. am 19. Mai in Herzogenaurach

für Jugendliche vor Ort ist: Einige äußerten, dass sie sich nicht mehr trauen, in Herzogenaurach auszugehen und auf andere Städte ausweichen müssen.

Nazi-Kundgebung gestört

Am folgenden Tag stürten rund 300 DemonstrantInnen die Nazi-Kundgebung massiv. Trotzdem feierte die NPD ihre Aktion als Erfolg und kündigte vollmundig weitere Versammlungen in Herzogenaurach an. Während öffentliche Aktionen seither unterblieben, gehen die Drohungen und Sachbeschädigungen weiter. Unabhängige AntifaschistInnen in Herzogenaurach planen weitere Aktivitäten gegen rechts, darunter regelmäßige Veranstaltungen. Sie fordern von der Stadt selbstverwaltete Räume, um Alternativen für nicht-rechte Jugendliche anbieten zu können. Auch andere Städte der Region, wie Nürnberg und Schwabach, sind vom neonazistischen Terror betroffen. Es bleibt zu hoffen, dass sich auch dort ähnliche Initiativen entwickeln.

Ulli Jentsch



Freunde und Förderer eine Dampferfahrt durch Berlin.

Unter den auserwählten Gästen fanden sich unter anderem der ehemalige Bundestagsabgeordnete WILFRIED BÖHM (CDU), der Schriftsteller SIEGMAR FAUST, der Präsident des Studienzentrums Weikersheim KLAUS HORNING, der Politikwissenschaftler KLAUS MOTSCHMANN, der ehemalige CRITICON-Herausgeber CASPER VON SCHRENCK-NOTZING, der Generalbundesanwalt a.D. ALEXANDER VON STAHL, der Historiker KARLHEINZ WEIßMANN und der Brigadegeneral a.D. REINHARD UHLE-WETTER. OTTO VON HABSBURG schickte ein Grußwort. ◀

V-Punk: Rechte Punks?

Kiel • Die Wellen in der schleswig-holsteinischen Punkrockszene schlagen derzeit hoch. Grund ist ein Konzert, zu dem die Band V-PUNK für den 7. April in eine Kieler Rotlicht-Kneipe eingeladen hatte. Die Veranstaltung wurde von der Polizei verhindert, da zusätzlich KRAFTSCHLAG spielen sollte – eine der bekanntesten Neonazibands Deutschlands, deren Tonträger wegen volksverhetzender Inhalte in mehreren Fällen indiziert wurden. 150 angereiste Neonazis mussten unverrichteter Dinge wieder abziehen.

Welche Verbindungen V-PUNK zu Neonazis und ins Rotlichtmilieu unterhält, lässt sich in der aktuellen Ausgabe der *Enough is enough*, Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig-Holstein nachlesen (*Enough is enough*, c/o Initiativenzentrum, Schwefelstr. 6, 24118 Kiel). Ein weiterer Artikel über rechte Tendenzen des »unpolitischen« Teils der Punkszene findet sich in der *Lotta* Nr. 4. Darin wird das Treiben im Umfeld der »Punkband« PÖBEL & GESOCKS beleuchtet (*Lotta*, c/o Geschichtswerkstatt, Wellinghoferstr. 44, 44263 Dortmund). ◀

Blood & Honour-Verbot rechtskräftig

Berlin • Das Verbot des neonazistischen Skinheadnetzwerks BLOOD & HONOUR (B&H) und seiner Jugendorganisation WHITE YOUTH vom September vergangenen Jahres ist rechtskräftig. Das Bundesverwaltungsgericht wies am 13. Juni eine Klage der beiden führenden Thüringer B&H-Aktivisten MIKE BÄR und MARCEL DEGNER gegen die Maßnahme des Bundesinnenministeriums als verspätet zurück. MIKE BÄR hatte als WHITE YOUTH-Gründer zusammen mit SVEN »ZIMBO« ZIMMERMANN bis zuletzt den B&H-Jugendverband geleitet. ◀



Unterstützung!

Für antifaschistische Projekte ist es nach wie vor schwierig, ihre Arbeit zu finanzieren. Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit auch unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Spenden an uns sind steuerlich absetzbar.

► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Im Gegenzug erhaltet Ihr regelmäßig diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt eine Tasse Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

► Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem *apabiz e.V.* eine Einzugsermächtigung über monatlich _____ DM (mind. 10 DM).

► Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

- einen Dauerauftrag eingerichtet.
 einmalig _____ DM überwiesen.

Kontonummer: _____

Bank und BLZ: _____

Name/Organisation: _____

Adresse: _____

e-mail: _____

Unterschrift: _____

- Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspenden erhalten diese einmal jährlich)

Gelesen, Gehört, Gesehen

Rezensionen ► »Rechtsextremismus im Internet« & »Jugendkulturen, Politik und Protest«

Nickolay, Bernd: »Rechtsextremismus im Internet – Ideologisches Publikationselement und Mobilisierungskapital einer rechtsextremen sozialen Bewegung?«. Würzburg 2000, 405 S., ISBN 3-933563-84-4.

Das Thema extreme Rechte und Internet hat in den vergangenen Jahren unzählige »Fachleute« auf den Plan gerufen, die anhand von Verweislisten auf Homepages oder ähnlich gelagerten »Recherchen« die Bedeutung des Internets für die extreme Rechte erklären wollten. Eine angenehme, weil vielschichtige Abwechslung bietet der 14. Band der Reihe »Spektrum Politikwissenschaften« von Bernd Nickolay. Das Thema extreme Rechte und Internet scheint für ihn nur der Aufhänger für eine allgemeine, dafür ausführliche Beschäftigung mit Medientheorie, Zensur und gesellschaftlichen Gegenstrategien zu sein.

Sehr aufschlussreich ist seine Analyse der politischen (In-)Kompetenz der gesellschaftlichen Öffentlichkeit im Spannungsfeld zwischen Internet, extremer Rechte, Verschärfung der inneren Sicherheit und gesellschaftlicher Medienkompetenz. Nickolay bringt unzählige Beispiele für sinnfreie Strukturierungsversuche durch deutsche und europäische Behörden, Eingriffe in das Informationsrecht und Alibireaktionen gegen rechts.

Die ausgewählten Homepages der extremen Rechten wirken fast wie Randnotizen, da sich Nickolay vor allem mit der Bedeutung des Netzes für reale Strukturen bzw. der »Aufhebung der traditionellen Diskursgrenzen« durch die neuen Medien beschäftigt: »Solange die gesellschaftlichen Ursachen und die geistigen Wurzeln des Rechtsextremismus nicht bekämpft werden, wird die mediale Verbreitung rechtsextremer Ideologiefragmente ebenfalls nicht verhindert werden können«.

Da Nickolay nicht nur nach Äußerlichkeiten, wie etwa einem Hakenkreuz auf dem Bildschirm (explizite Gefahr) geht, sondern auch nach der impliziten Gefährlichkeit (ideologische Veröffentlichungen, die auf den ersten Blick nicht als extrem rechts erkennbar sind) fragt, erscheint das Werk insgesamt sehr schlüssig. Ein empfehlenswertes Buch also, das den LeserInnen ein lesbares und quellenreiches Kompendium widerplatter Zensurforderungen, Panikmache und politischer Instrumentalisierung an die Hand gibt. ◀

Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): »Jugendkulturen, Politik und Protest«. Opladen 2000, 306 S., 48 DM.

Der Sammelband will eine Bestandsaufnahme jugendlicher Sub- und Gegenkulturen liefern, »deren politische Dimensionen älteren Erwachsenen und Außenstehenden zumeist verborgen bleiben«. Opfer des Interesses sind: Junge Frauen, Hausbesetzer, die Chaos-Tage in Hannover sowie national-bolschewistische Tendenzen in Russland. Die meisten Studien arbeiten mit viel wissenschaftlichem Krach und teils bedenklich dünnem Material – eine Studie aus Berlin basiert auf den Interviews mit zehn Frauen. Löbliche Ausnahme: Die Studie von Markus Mathyl beschreibt kenntnisreich das rot-braune Crossover in Jugend und Politik Russlands. Die Darstellung der National-Revolutionäre in der Rockszenen – A. DUGIN (ELEMENTY), E. LIMONOV, verschiedene Rockgruppen – ist präzise belegt und auch für den ungeübten Leser nachvollziehbar.

Die Herausgeber untersuchen jugendlichen Protest von 1950 bis 1994 anhand statistischer Daten aus zwei überregionalen Tageszeitungen. Laut Roth/Rucht waren danach 74,2% aller Jugendproteste im Osten mit Gewalt verbunden und über 75% hiervon gegen »Ausländer/ethnische Minderheiten« gerichtet. Das hieße, dass über die Hälfte aller jugendlichen Proteste gewalttätig und ausländerfeindlich sind. Wir ahnen, dass etliche »Proteste« unter die Rubrik »Jugendliche schlagen Asylbewerber« fallen.

Dass vor diesem Hintergrund keine Studie über rechte Jugendliche auftaucht, zeigt die Schlafmützigkeit dieser »Jugendforscher«. Stattdessen: »Eine scharfe Polarisierung verläuft (...) zwischen rechtsradikalen und linksradikalen (sic!) Jugendlichen, was sich auch in Bezeichnungen wie Anti-Faschisten und Anti-Anti-Faschisten ausdrückt. (...) Damals [30er Jahre] bekriegten sich (sic!) beispielsweise Gruppen wie die Edelweißpiraten und die Hitlerjugend.« Faschismus also als Erlebniswelt?

Eine antirassistische Jugendkultur ist – wen wundert es – kein Thema. Auch wenn den Autoren zuzustimmen ist, dass jugendlicher Protest nicht mit Kriterien des offiziellen Politikbetriebes beschreibbar ist: Eine Wertung des Rechtsrucks unter Jugendlichen vor dem Hintergrund dieser Zahlen zu unterlassen bzw. dazu offensichtlich nicht fähig zu sein, muss als Verharmlosung bezeichnet werden. ◀